

Reinhard Loske

Nachhaltigkeit ernstnehmen! Was nachhaltige Entwicklung für unser Politik-, Wirtschafts- und Bildungssystem wirklich bedeutet

Vortrag auf dem NRW-Landesforum 2019 der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung am 30. Oktober 2019 in Bochum

Nachhaltigkeit oder nachhaltige Entwicklung sind heute Begriffe, die in der politischen Debatte wie selbstverständlich genutzt werden. Allerdings werden diese Begriffe nur selten auf so präzise Weise verwendet, dass sie als verbindlicher Maßstab für den Erfolg oder Misserfolg von politischen Konzepten, Strategien oder Projekten herangezogen werden können. Besonders beliebt ist im Hauptstrom der Politik das Bild des „Zieldreiecks der Nachhaltigkeit“, in welchem es darum gehe, einen irgendwie gearteten Ausgleich zwischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Zielen zu finden. Es wird so getan, als würden am Verhandlungstisch drei mehr oder minder gleichgewichtige Interessen vertreten sein, deren Exponenten einen „Kompromiss“ zu finden hätten. Das sei nun einmal das Wesen der Demokratie.

Nun ist es zwar richtig, dass jedwede politische Frage in demokratischen Gesellschaften immer auch eine soziale und ökonomische Interessen- und Konfliktdimension hat, weshalb nicht wenige Zeitgenossen der Meinung sind, die soziale Marktwirtschaft sei das Ergebnis eines gelungenen „historischen Kompromisses“ zwischen Kapital und Arbeit, also ökonomischen und sozialen Anliegen. Das „Dreieck der Nachhaltigkeit“ ist jedoch eher eine Sprach- und Faktenverwirrung als eine taugliche Leitorientierung. Nehmen wir das Bild der Verhandlungen, bei denen Vertreter der drei Ziele den Ausgleich suchen:

Da sitzen dann die Repräsentanten wohlorganisierter und potenter ökonomischer Interessen, die auf Wachstum, Wettbewerb, Freihandel, niedrige Steuersätze und Deregulierung bestehen und von der Politik Zurückhaltung beim Verfolgen außerökonomischer Ziele erwarten und verlangen. Ihr Drohpotential ist hoch und reicht von dem Hinweis auf mögliche Abwanderung im Fal-

le mangelnden politischen Wohlverhaltens bis zum Entzug politischer Unterstützung für die Regierenden.

Ferner sitzen dort die Vertreter sozialer Interessen, nehmen wir Gewerkschaften oder Sozialverbände. Sie pochen auf gute und steigende Löhne und leistungsfähige soziale Sicherungssysteme, auf Vollbeschäftigung und sichere Renten. Zwar sind viele dieser sozialen Interessen durch ökonomische Globalisierung und Wettbewerbsdruck in die Defensive geraten, aber dennoch darf nach wie vor von einer gewissen Durchschlagskraft sozialer Interessengruppen ausgegangen werden, zumal sich die Politik in der repräsentativen Demokratie immer wieder Wahlen stellen muss. Soziale Unzufriedenheit oder gar soziale Unruhen aber sind Gift für die Wahlchancen regierender Parteien.

Mit der Repräsentanz ökologischer Interessen sieht es dagegen weit weniger eindeutig aus: Das Interesse zukünftiger Generationen an einer intakten Umwelt, das Interesse von ärmeren Menschen in der Südhemisphäre, die von Klimawandel, Ressourcenübernutzung und ungerechten Welthandelsbeziehungen besonders betroffen sind und oft direkt von der Natur abhängen, das „Interesse“ der nicht-menschlichen Kreatur, der Tiere und Pflanzen, am Erhalt ihrer natürlichen Lebensräume, all das ist am Verhandlungstisch nicht oder nur schwach vertreten. Sicher, Lobbygruppen mit ökologischen Zielen sind nicht einflusslos, aber zu glauben, dass sie in freien Verhandlungen mit „Dritten“ die gleiche Durchsetzungskraft aufweisen, wie sie ökonomische oder soziale Interessengruppen auszeichnet, wäre eine unrealistische Annahme. Umweltpolitische Erfolge wie etwa der Verzicht von RWE auf das Abbaggern des Hambacher Waldes sind einstweilen seltene Ausnahmen von der Regel.

Das Dreieck der Nachhaltigkeit stiftet also eher Verwirrung als zur Klärung beizutragen. Es schafft kein Problembewusstsein, sondern verschleiert eher Probleme und Konflikte. Wenn schon ein Sprachbild für die Idee der Nachhaltigkeit gefunden werden soll, so ist es nicht das Dreieck, sondern die Leitplanke, auch wenn dieses Bild ebenfalls Tücken aufweist. Leitplanken begrenzen einen Weg an zwei Seiten. Ihre Botschaft: Auf diesem Weg kannst Du sicher unterwegs sein, sicher operieren. Und vernünftigerweise hältst Du zu den beiden Leitplanken einen gewissen Sicherheitsabstand, um nicht mit Ihnen zu kollidieren.

Die Grundregeln der Nachhaltigkeit

Übertragen auf die Nachhaltigkeitsfrage besagt die Leitplanken-Metaphorik Folgendes: Die eine Leitplanke verkörpert die Grenzen der Ressourcennutzung, die andere Leitplanke die Grenzen der Umweltbelastung. Erstere zeigt uns, welche Menge an erneuerbaren und nicht-erneuerbaren Ressourcen wir der Natur entnehmen dürfen, zweitens, welche Menge an Abgasen, Abwässern und Abfällen wir der Natur „zumuten“ dürfen. Beide Leitplanken sind zu beachten. Werden sie nicht beachtet oder wird nur eine beachtet, kommt man früher oder später vom Wege ab. Die Leitplanken-Idee lässt sich auch politisch und ökonomisch operationalisieren – und zwar in vier klaren Regeln:

- Entnimm der Natur maximal die Menge an erneuerbaren Ressourcen, die sich innerhalb einer betrachteten Periode wieder neu bilden kann. Nennen wir diese Regel *Regenerationsregel*.
- Entnimm der Natur nicht-erneuerbare Ressourcen nur in möglichst geringem Umfang, nutze diese so effizient wie eben möglich und substituiere nicht-erneuerbare schrittweise durch erneuerbare Ressourcen, wo immer möglich. Nennen wir diese Regel *Minimierungs-, Effizienz- und Substitutionsregel*.
- Führe Stoffe wo immer möglich in natürlichen Kreisläufen und mite dem Ökosystem Erde Abgase, Abfälle und Abwässer nur in dem Maße zu, wie sie auf natürliche Weise verarbeitet werden können. Nennen wir diese Regel *Kreislauf- und Reduktionsregel*.
- Verlange dem Planeten Erde Veränderungen nur in einer Geschwindigkeit ab, an die die Arten, Ökosysteme und Genpools sich anpassen können, finde also das rechte Zeitmaß des Wandels. Nennen wir diese Regel die *Adaptions- und Entschleunigungsregel*.

Die Orientierung an diesen Leitplankenregeln hat für Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Einzelne zwei große Vorteile: Sie stellt sicher, dass die ökologischen Grenzen eingehalten werden. Und sie wirkt weder politisch noch ökonomisch präjudizierend. Das heißt, dass innerhalb des durch die beiden Leitplanken begrenzten Korridors politisch wie ökonomisch gestritten werden kann, denn viele Wege führen zur Nachhaltigkeit. Linke werden da andere Antworten geben als Liberale, Konservative andere als Basisdemokraten, Marktanhänger andere als Staatszentrierte, Protagonisten der Postwachstumsökonomie andere als diejenigen, die auf grüne

Wachstumsstrategien setzen. Kurz: Pluralität und Freiheit bleiben oder werden vielleicht sogar erst möglich, denn sie gehen nicht mehr zu Lasten anderer: der zukünftigen Generationen, der Menschen in anderen Teilen der Welt, der nicht-menschlichen Kreatur.

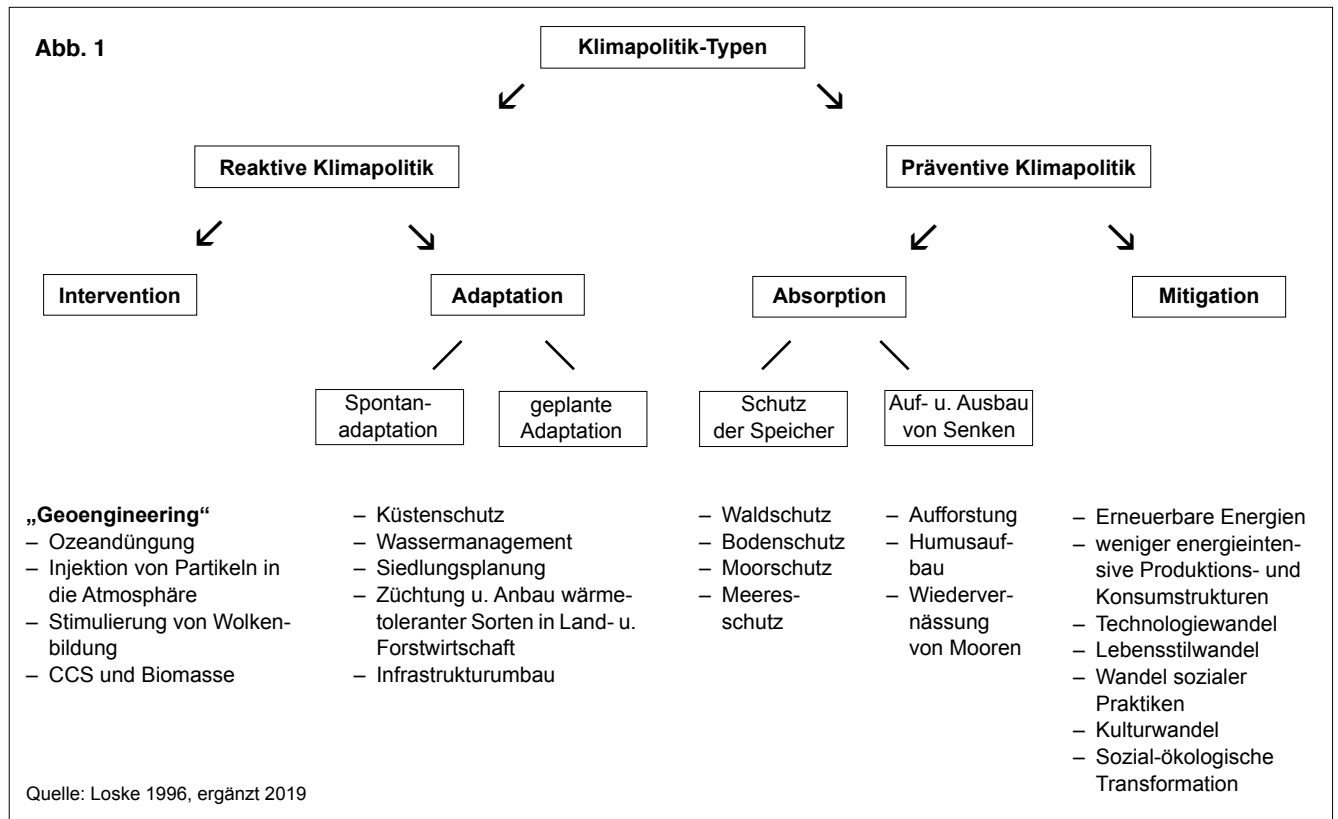
Noch kurz zur Tücke der Leitplanken-Metaphorik: Die Natur ist nicht nur eine Grenze, sondern auch ein Faktor der Mitproduktivität, eine Lieferantin von Gratisdienstleistungen (stabiles Klima, gute Luft, sauberes Wasser, produktive Böden, biologische Vielfalt, Bestäubungsleistungen von Insekten und vieles andere mehr) und oft auch ein Ort der Fülle, der Schönheit, des Majestätischen, ein Ort der uns zur Ruhe und zu uns selbst kommen lässt. Gerade letztgenannte Dimension der Natur kommt in dem vorherrschenden quantitativ-scientistisch-anthropozentrischen Verständnis von Nachhaltigkeit oft gar nicht oder nur am Rande vor, auch in dem Leitplanken-Konzept. Das ist ohne Zweifel ein Makel, den es zu benennen und zu durch inhaltliche Arbeit und ganzheitliches Denken zu beheben gilt. Aber gegenüber dem vagen und für Deutungen aller Art offenen Bild des „Dreiecks der Nachhaltigkeit“ ist die Leitplanke um Längen besser geeignet, um die Dimension der Nachhaltigkeitsherausforderung zu zeigen.

Klimapolitik

als zentrale Nachhaltigkeitsherausforderung

Am Beispiel der Herausforderungen der Klimapolitik wird deutlich, was eine konsequente Orientierung an den vier genannten Nachhaltigkeitsregeln praktisch bedeutet. Wenn das Ziel der Klimarahmenkonvention von 1992, „gefährliche menschengemachte Eingriffe in das Klimasystem zu verhindern“, und das Ziel des Pariser Klimaabkommens von 2015, den Temperaturanstieg auf „deutlich unter 2 Grad Celsius“ oder besser sogar 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, ernstgenommen werden, dann hat das praktische Konsequenzen: In Industriestaaten wie Deutschland müssen die Emissionen klimaverändernder Spurengase in den nächsten 10 bis 15 Jahren durch Strategien der Mitigation (Emissionsvermeidung) und der Absorption (Aufforstung, Bodenschutz etc.) auf netto null heruntergefahren werden. Gleichzeitig gilt es Strategien der Adaption (Anpassung an den Klimawandel) zu entwickeln, die die Resilienz von Gesellschaften, Ökonomien und Infrastrukturen erhöhen. Dabei ist es ein gewaltiger Unterschied, ob bis 2100 eine Anpassung an eine um 1,5 Grad Celsius erwärmte Welt erforderlich wird oder an eine um 3 bis 4 oder gar 5 Grad wärmere. Letzteres wäre in vielen Teilen der Welt wahrscheinlich gar nicht mehr möglich, weshalb manche Klimaforscher bereits vor einer drohenden „Selbstverbrennung“ der Menschheit warnen.

Abbildung 1 (nächste Seite) zeigt die klimapolitischen Optionen, die der Staatenwelt prinzipiell zur Verfügung stehen, wenn sie dem Problem der Erderwärmung wirksam begegnen will, jedenfalls dann, wenn sie das Problem nicht verleugnen oder herunterspielen will, wie es derzeit etwa in Staaten wie den USA oder Brasilien geschieht. Die Strategieelemente Mitigation, Absorption und Adaption müssen heute



unverzichtbare Bestandteile jedweder Klimapolitik sein. Das Strategieelement „Intervention“, also der Versuch der gezielten Beeinflussung des Klimas durch bestimmte Maßnahmen (Ozeandüngung zur Erhöhung der CO_2 -Absorptionskapazität durch Phytoplankton, Partikelinjektionen in die Atmosphäre, um einen Kühlungseffekt zu bewirken, Carbon Capture and Storage, CCS, in Kombination mit Biomasseentnahme aus der Natur etc.), wird vom Autor sehr kritisch gesehen und als Hybris zurückgewiesen. Allerdings wird auf diesem Feld bereits erheblich geforscht.

Nimmt man die in Abbildung 1 dargestellten klimapolitischen Grundsatzoptionen als Basis, so wird offenkundig, dass praktische Politik heute eine Fülle von Einzelmaßnahmen ergreifen muss. Offenkundig ist, dass Technologie ein wichtiger Bestandteil angemessener Klimapolitik ist, etwa zur Verbesserung der Ressourcen- und Energieeffizienz, zur Substitution nicht-erneuerbarer durch erneuerbare Ressourcen oder zur Förderung einer abfallfreien Kreislaufwirtschaft. Ordnungsrecht (etwa das Plastikverbot oder das Verbot von Kohlekraftwerken, Ölheizungen und Verbrennungsmotoren ab einem Zeitpunkt x) gehören hier ebenso in das Portfolio guter Klimapolitik wie Förderprogramme (etwa zur Gebäude-Isolierung und zur Heizungsumstellung, zum Ausbau des ÖPNV oder zur Unterstützung des ökologischen Landbaus) und Umlageprogramme (wie das Erneuerbare Energien-Gesetz, EEG) oder steuerliche Anreize (etwa CO_2 -Bepreisung oder Stickstoff- und Phosphatsteuern).

Zugleich aber sind weitergehende rechtliche und institutionelle Innovationen erforderlich, etwa die Verankerung der Nachhaltigkeit als Grundrecht in der Verfassung, die syste-

matische Kohärenzprüfung öffentlicher Ausgaben, rechtliche Festlegungen, die Nachhaltigkeitsziele wie Produktlanglebigkeit oder Maßhalten befördern und belohnen und die Pflege der internationalen Kooperation, die aber nicht einen anonymen Globalismus zum Zwecke haben sollte, sondern die konsequente Ausrichtung an dem Leitbild „Global denken, lokal handeln!“ Und nicht zuletzt muss Klimapolitik heute auch Suffizienz-Politik sein, also die Frage nach dem rechten Maß stellen. Die Vorstellung, alle Nachhaltigkeitsprobleme ließen sich über mehr und bessere Technik lösen, über mehr Digitalisierung, mehr künstliche Intelligenz, mehr autonome Produktionssysteme, mehr autonomes Fahren, ist ein Irrglaube. Von selbst läuft das alles nicht in Richtung Nachhaltigkeit, sondern in Richtung mehr Ressourcenverbrauch, Dauerbeschleunigung und multioptionaler Dauerkonsum.

Richtig reguliert, kann Digitalisierung natürlich einen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten, aber die Elementarfrage, wie wir in Zukunft leben wollen, wieviel genug ist und wofür es sich zu leben lohnt, können uns weder Computer noch Roboter abnehmen. Das müssen wir schon selbst herausfinden, durch Kritik und Diskurs, Austausch über Gelungenes und Misslungenes, gesellschaftliches und politisches Lernen und nicht zuletzt durch die Entwicklung und Erprobung nachhaltiger Lebensstile.

In Abbildung 2 auf der nächsten Seite wird versucht, den Bedarf an praktischer Politik zum Wohle des Klimas und unserer natürlichen Lebensgrundlagen aufzufächern.

Auf der politisch liberal-konservativen Seite ist neuerdings manchmal das Argument zu hören, die Erhebung des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit in den Stand eines

Abb. 2

Die Politik der Zukunftsfähigkeit: Elemente des Wandels

- Technologiewandel I: Die „Effizienzrevolution“
- Technologiewandel II: Die „abfallfreie Kreislaufwirtschaft“
- Technologiewandel III: Die „Solarökonomie“
- Kultureller Wandel: „Das rechte Maß finden, das mimetische Begehren zügeln und Ungleichheit in Grenzen halten“
- Rechtlicher Wandel: „Die Rechte der Zukünftigen in die Verfassung“
- Soziale Innovationen: „Kooperation und/statt Wettbewerb“
- Institutioneller Wandel: „Die Rechte der Zukünftigen in demokratischen Institutionen sichern“
- Globales Regieren: „Nächsten- und Fernstenliebe verbinden“
- Resilienzförderung: „Robuste Strukturen fördern“

Ausführlich dazu: Loske 2016

politischen Oberziels leiste einem Klimatotalitarismus und letztlich einer Ökodiktatur Vorschub. Dieses Argument ist hanebüchen, denn Klimaschutz ist weder links noch rechts, sondern notwendig. Und wenn sich das Argument als richtig erweisen sollte, dann wahrscheinlich in ganz anderer Weise als die „Warner“ vor der Ökodiktatur es gemeint haben: Wenn die Demokratie sich nicht in problemangemessener Weise als klimapolitisch handlungsfähig erweist, dann werden die Freiheitsgrade bei der Wahl der Mittel im Zuge des sich verschärfenden Klimawandels voraussichtlich immer geringer. Letzten Endes könnte es zu einer Situation kommen, in der Politik nur noch Sachzwangsverwaltung bedeutet, nämlich die autoritäre Anpassung der Gesellschaft an die Erderhitzung und ihre Folgen. Wahlmöglichkeiten: Null!

Kann Demokratie Nachhaltigkeit?

Insofern stellt der Klimawandel die Demokratie in der Tat auf den Prüfstand. Die Frage lautet: Kann Demokratie nicht nur Gegenwart, genauer: den möglichst fairen Ausgleich von Interessen im Hier und Jetzt, sondern auch Zukunft und globales Denken? Kann sie in ihre Entscheidungsprozesse auch die Interessen der zukünftigen Generationen, der Menschen in anderen Teilen der Welt, der nicht-menschlichen Kreatur einbeziehen? Und wie könnte es gelingen, die repräsentative Demokratie, die zweifellos ihre Verdienste hat, durch direktdemokratische Elemente von „unten“ und durch langzeitorientierte Elemente von „oben“ zu ergänzen? Darüber in den Dialog zu gehen, ist eine gesellschaftliche Aufgabe erster Ordnung. Hier liegt auch ein riesiges Betätigungsfeld für die politische Bildung, die Demokratiebildung und auch die Herzensbildung.

Mit Blick auf Bildung für eine nachhaltige Entwicklung lässt sich klar sagen: Nachhaltigkeit sollte kein sektoraler Blick auf die Wirklichkeit sein und deshalb auch nicht zu einem Schulfach werden. Vielmehr gilt es nachhaltiges Denken in allen Disziplinen zur Geltung zu bringen: Zur Geschichte gehört eben immer auch die Umweltgeschichte, als deren materielle Basis sie gelten muss. Zur Philosophie gehört die Naturbetrachtung und -reflektion wie das Wissen um Naturzusammenhänge in Biologie, Chemie und Physik zur Ökonomie gehört. Zur Politik gehört auch das Nachdenken über die Mensch-Natur-Interaktion, über den Stoffwechsel zwischen Gesellschaft und Umwelt.

Und noch etwas: Nachhaltigkeit erfordert an Kindergärten, Schulen und Hochschulen und in der Erwachsenenbildung mehr Projektarbeit: So wichtig theoretisch kohärentes und abstraktes Denken ist, so wichtig ist die Befähigung zur Gesellschaftsgestaltung, zur Bearbeitung gesellschaftlicher Herausforderungen und eben konkreter Projekte. Das kann von der Erforschung der Tier- und Pflanzenwelt im Kindergarten und dem obligatorischen Schulgarten und dem Anbau ökologischer Nahrungsmittel über nachhaltige Mobilitätskonzepte für Schulen und Hochschulen bis zur Gründungswerkstatt für nachhaltige Unternehmen reichen.

In ganz hohem Maße muss es in der politischen Bildung auch um die Frage gehen, wie unsere Ökonomie in Zukunft aussehen wird oder sollte. Die heute an den meisten Hochschulen als alternativlos dargebotene Standardökonomie lehrt nur Einseitiges: Der Mensch ist ein egoistisch-rationaler Nutzenmaximierer, der zur Kooperation nur bedingt fähig ist und den scharfen Wettbewerb braucht, um Leistung zu erbringen. Märkte sind effizient und entsprechen der spontanen, quasi-natürlichen Ordnung. Staat und Politik sollten die Märkte nicht unnötig stören oder gar verzerren. Es gibt keine Grenzen des Wachstums oder ein „Genug“. Ohne Aussicht auf Wachstum brechen die Märkte ein. Ein Gemeinwohl gibt es nicht, vielmehr ergibt sich dieses aus der Summe der individuellen Nutzenmaximierungen. Der zentrale Wohlstandsindikator ist das Bruttoinlandsprodukt, also die Summe der produzierten Güter und Dienstleistungen. Wächst selbiges, so ist alles gut, wächst es nicht, so ist alles schlecht. Und so weiter.

Nun haben die Märkte (wie die repräsentative Demokratie und der Rechtsstaat) zweifellos ihre Verdienste bei der Sicherstellung von Freiheitsgarantien. Der dem Ganzen zugrundeliegende Anspruch des Zusammenbringens von Angebot und Nachfrage kann Plausibilität für sich reklamieren und hat sich in vielen Bereichen der Realität ja auch bewährt. Ohne Zweifel hat die dezentrale und spontane Koordination der Vielen Vorzüge gegenüber den starren Apparaten von Zentralverwaltungswirtschaften, die die notwendigen Informationen, um Angebot und Nachfrage in Deckung zu bringen, jedenfalls in der Vergangenheit nicht beschaffen konnten und sich deshalb als dysfunktional erwiesen haben. Das mag sich im Zuge der Algorithmisierung des Wirtschaftens zukünftig vielleicht anders darstellen, siehe etwa Chinas freiheitsfeindlicher Versuch der digitalen Gesellschaftsteuerung. Momentan ist es jedenfalls so.

Abb. 3**Die Ökonomie der Nachhaltigkeit**

- | | |
|---|--------------------------------|
| – Ökonomie der Effizienz (Efficient Economy) | (Technologiegetrieben) |
| – Ökonomie der Substitution (Solar Economy) | („Green Growth“) |
| – Ökonomie der Suffizienz (Economy of Sufficiency) | (Lebensstilgetrieben) |
| – Ökonomie der Subsistenz (Subsistence Economy) | („Degrowth“) |
| – Ökonomie des Teilens (Share Economy) | (Kooperationsgetrieben) |
| – Ökonomie des Sorgens (Care Economy) | („Wachstumsneutral“) |
| – Ökonomie der Langlebigkeit (Repair Economy) | |
| – Ökonomie des Prosumierens (Prosumer Economy) | |
| – Ökonomie der Subsidiarität (Regional Economy) | |
| – Ökonomie der Resilienz (Resilient Economy) | |
| – Ökonomie der Gemeinschaftsgüter (Commons Economy) | |

Ausführlich dazu: Loske 2014

Nachhaltigkeit braucht ökonomischen Pluralismus

Die prinzipielle Überlegenheit marktwirtschaftlicher Mechanismen gegenüber zentralen Planungsmechanismen hat aber seit dem Ende der „Systemkonkurrenz“ Anfang der 90er Jahre zu einer Überhöhung und Verabsolutierung der Marktwirtschaft geführt, die äußerst problematisch ist und durch den enormen Machtzuwachs des Finanzsektors in mancherlei Hinsicht bereits demokratiegefährdende Ausmaße angenommen hat.

Der Reduktionismus der fast überall gelehrten Standardökonomik mit ihrem einseitigen Menschen- und Weltbild muss gerade auch im Bildungssystem kritisiert werden, schon in den Schulen. Ökonomie ist mehr als Angebot und Nachfrage, Preise und Märkte, Gewinne und Verluste, Kosten und Nutzen, Wettbewerb und „schöpferische Zerstörung“. Gerade vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsdebatte gilt es in der polit-ökonomischen Bildung deutlich herauszuarbeiten, dass es „den Markt“ und „die Ökonomie“ nicht gibt, sondern Märkte und Ökonomien.

Eine erste Unterscheidung ist diejenige zwischen formeller und informeller Ökonomie. In ersterer wird auf Märkten und gegen Geld agiert, in letzteren spielen die kleinen Gemeinschaften eine bedeutende Rolle, von der Familie und der Nachbarschaft bis zum Freundeskreis und den Kiez. Hier geht es um wechselseitige Sorge, gemeinschaftliche Nutzungsformen, um Tauschen und Teilen, manchmal gegen kleines Geld, manchmal ohne Geld.

Eine andere Scheidelinie ließe sich zwischen kompetitiven (wettbewerbsorientierten) und kooperativen Wirtschaftsformen ziehen, zwischen gewinnorientierten und zweckorientierten Formen, wobei sich zu letzteren etwa Sozialunternehmen, gemeinnützige Unternehmen, Stiftungsunternehmen oder Genossenschaften zählen lassen. Manchmal verschwimmen die Scheidelinien auch und es finden sich in Unternehmen wettbewerbs- wie kooperationsbezogene Elemente gleicher-

maßen. Denken wir an ethische Banken, an Solargenossenschaften oder Erzeuger-/Verbraucher-Gemeinschaften.

Auch lassen sich Unternehmen entlang der Grundorientierungen Eigentumsverkauf oder Nutzungsverkauf unterscheiden: Ein Automobilkonzern will Autos verkaufen, ein CarSharing-Anbieter Mobilitätsdienstleistungen, ein Stromkonzern will Strom verkaufen, ein Contracting-Anbieter Energiedienstleistungen, ein Gewerbeimmobilien-Vermieter will Firmen dauerhaft an sich binden, der Anbieter eines Co-Working Spaces temporäre Büro- und Infrastrukturnutzung. Was sich unter den Überschriften „Nutzen statt besitzen“ und „Kooperation statt Wettbewerb“ in unserer Gesellschaft an ökonomischen Experimenten und Innovationen derzeit tut, ist gerade aus einer Nachhaltigkeitsperspektive interessant und manches auch vielversprechend.

Das, was unter der Nachhaltigkeitsüberschrift heute im Ökonomischen geschieht, ist äußerst pluralistisch und mit den Kategorien der Standard- und Mainstream-Ökonomik kaum noch adäquat zu erfassen (siehe Abbildung 3). Manches ist, wie die „Green Growth“-Strategien, die auf grüne Märkte, grüne Technologien und grüne Profite zielen, stark wettbewerbs-, wachstums- und technologiegetrieben. Anderes – wie die „Degrowth“-Strategien – ist auf einfachere Lebensstile, Befreiung vom Wohlstandsballast und nicht-marktorientierte Produktion ausgerichtet. Und wieder anderes ist kooperationsgetrieben und rankt sich deshalb nicht vorrangig um die Frage, ob damit Wachstum generiert wird oder nicht, zumal wir ohnehin alternative Wohlstandsindikatoren brauchen, um unser Wohlbefinden als Gesellschaft zu messen. Solche kooperationsgetriebenen Strategien lassen sich am ehesten als „wachstumsneutral“ bezeichnen, als Strategien des „A-Growth“. Ihnen geht es um die Mehrung des sozialen Kapitals und die Absenkung des Nutzungsdrucks auf unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

Fazit: Nachhaltigkeit**braucht politische und ökonomische Bildung!**

Als Fazit soll hier folgendes festgehalten werden: Nachhaltigkeit ist nicht nur und nicht einmal primär ein Aufruf zu individuellen Verhaltensänderungen, obwohl die natürlich wichtig sind und ins Handeln bringen. Nachhaltigkeit ist vor allem ein gesellschaftliches, ein politisches und ökonomisches Transformationsprojekt. Um das zu erreichen, ist eine politische und ökonomische Bildung erforderlich, die Zusammenhangswissen ebenso schafft wie Handlungswissen. Sie ist unverzichtbar für die „neue Aufklärung“, vor der wir als Gesellschaft jetzt stehen.

Es kann sein, dass die Zeit für gute Lösungen nicht mehr reicht, weil die Lücke zwischen dem, was die Umweltforschung uns als notwendig spiegelt, nämlich tiefgreifende und schnelle Veränderungen, und dem erfahrungsgemäß nur inkrementell und graduell verlaufenden gesellschaftlichen und politischen Wandel immer weiter auseinanderklafft. Wir wissen es nicht. Aber was wir heute sicher wissen können, ist, dass unterlassenes Handeln zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ein unverzeihliches Vergehen gegen die Menschlichkeit wäre. Es ist Zeit, konsequent zu handeln.

Literaturempfehlungen**Zur Klimaforschung:**

Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle. Ansprechpartner für Deutschland bei Fragen zum Weltklimarat IPCC (*Intergovernmental Panel on Climate Change*), unter: www.de-ipcc.de/; 4.11.2019

Reinhard Loske ist Präsident der Cusanus Hochschule in Bernkastel-Kues und dort auch Professor für Nachhaltigkeit und Gesellschaftsgestaltung. Zuvor war er u.a. Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa der Freien Hansestadt Bremen, Mitglied des Deutschen Bundestages und Wissenschaftler am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, wo er u.a. die Forschungsgruppe „Zukunftsfähiges Deutschland“ geleitet hat.

Zur Klimapolitik:

United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC), unter: <https://unfccc.int/>; 4.11.2019

Loske, Reinhard (1997): Klimapolitik. Im Spannungsfeld von Kurzzeitinteressen und Langzeiterfordernissen, 2. Auflage, Marburg: Metropolis – Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik

Zur Geschichte der Nachhaltigkeit:

Grober, Ulrich (2013): Die Entdeckung der Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs, 2. Auflage, München: Verlag Antje Kunstmann

Zur Politik der Nachhaltigkeit:

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – Themen – Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, unter: www.bmz.de/de/themen/2030_agenda/index.html; 4.11.2019

Loske, Reinhard (2016): Politik der Zukunftsfähigkeit. Konturen einer Nachhaltigkeitswende, Frankfurt/M.: S. Fischer

Zum nachhaltigen Wirtschaften:

Loske, Reinhard (2014): Neue Formen kooperativen Wirtschaftens als Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung. Ein Beitrag zur Wiedereinbettung der Ökonomie in Natur und Gesellschaft, in: *Leviathan*, 42. Jg., Heft 3/2014, S. 463-485. In der Nomos e-Library gratis abrufbar unter: www.nomos-elibrary.de/10.5771/0340-0425-2014-3-463/neue-formen-kooperativen-wirtschaftens-als-beitrag-zur-nachhaltigen-entwicklung-ueberlegungen-zur-wiedereinbettung-der-oekonomie-in-gesellschaft-und-natur-jahrgang-42-2014-heft-3?page=0; 4.11.2019

Information *CIVES-Praxistest #8*



Im *CIVES-Praxistest #8* ist umfangreiches Unterrichtsmaterial von Prof. Dr. Sabine Manzel zu „Klimawandel und Feinstaub-Alarm – Das Dieselfahrverbot in der Kontroverse“ enthalten.

Damit widmet sie sich dem gleichen Thema wie unsere Autorin Stefanie Schmidt in der Fachdidaktischen Werkstatt in der Ausgabe *Politisches Lernen* Heft 1-2|2019, S. 52-59.

Beide Beiträge eignen sich ideal zur gegenseitigen Ergänzung und Vertiefung.

Manzel, Sabine (2019): Klimawandel und Feinstaub-Alarm. Das Dieselfahrverbot in der Kontroverse, in: *CIVES-Praxistest #8*, 25.10.2019. Online verfügbar.

Nähere Informationen zu der Reihe *CIVES-Praxistest* der *CIVES! School of Civic Education* an der Universität Duisburg-Essen (<https://cives-school.de/>) unter:

CIVES-Praxistestonline

https://cives-school.de/?page_id=1593

